

„Berliner Tageblatt“

erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgen-Ausgabe ausgegeben wird.



Abonnements-Preis

auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Sonntags-Beilage“, sowie dem illustrierten „Wochenblatt“...

Berliner Tageblatt.

Nummer 155.

Berlin, Sonnabend, den 26. März 1898.

XXVII. Jahrgang.

Der Industriestaat als Baßis unserer Großmachtsstellung.

In dem Artikel „Agrarstaat oder Industriestaat?“ ist dargelegt worden, daß unsere Industrie in Verbindung mit dem Handel uns in den Stand setzt, unsere Bevölkerung zu ernähren...

Ein Staat braucht heutzutage — trotz aller Fortschritte der Kultur — zur Aufrechterhaltung seiner Großmachtsstellung vor allem zwei Dinge: ein großes Menschenmaterial und viele Geldmittel.

Beides kann uns der Agrarstaat nicht liefern. Wir haben gesehen, daß 13 Millionen von unserer jetzigen Bevölkerung auswandern müßten...

Aber eine agrarische Politik ist nicht nur ungeeignet, unsere bisherige Machtsstellung zu wahren; nein, sie schädigt sogar direkt unsere nationalen Interessen.

Der Berliner Professor kommt dann zu folgendem Resultat: „In Fragen der Handelspolitik aber dürfte auch die Unmöglichkeit am ehesten offenfundig werden...

Der Industriestaat dagegen ist in der Lage, ein großes Menschenmaterial und reichliche finanzielle Mittel aufzubringen.

Graf Caprivi stimmte diesem Ansprache, den er im Reichstage citirte, vollkommen bei und sprach es als seine eigene Uebersetzung aus...

Handel und Industrie sind und bleiben die wesentlichsten Quellen des Wohlstandes und damit politischer Macht...

Mit der Industrie sei der Arbeiterstand eng verknüpft; um ihn leistungsfähig zu erhalten, kämen vor allem zwei Mittel in Betracht: billigere Lebensmittel und Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Die Worte des „Handelsvertragsrates“, wie ihn seine agrarischen Gegner spöttlich nennen, sind sehr bezeichnend für die Bedeutung der Industrie in staatslicher und politischer Beziehung.

Daß die Industrie aber auch bei weitem mehr in finanzieller Beziehung für die Staatsbedürfnisse thut als die Landwirtschaft, kann nicht bestritten werden.

Interessant sind auch die Zahlen über die Veranlagung in Preußen für 1897/98. Von den 345,328 Steuerpflichtigen, die mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagt sind...

Wären die Verträge, wie sie Jähren vorgelegt sind, abgeschlossen, so wies ich in der That nicht — und ich möchte das hier nicht ansahnen —, wo in etwa einem Jahrzehnt die Grenze der Wohlstände liegen würde...

Bei der Beachtung des Kultursatzes im Abgeordnetenhaus ist auch die Frage der staatslichen Ehrengereichte für Ärzte gestreift worden.

Der Kultursatz in Cassel erklärt vor Eintritt in die Vernehmung, grundsätzlich einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der ärztlichen Ehrengereichtbarkeit und dem Ausüben der ärztlichen Tätigkeit...

Die Verträge wollen die Ehrengerichte also gar nicht mit dem Ausschließen aus der Gewerbeordnung in Verbindung gebracht sehen...

Frage für sich allein betrachtet. Jedenfalls dürfen beide Materien nicht mit einander verknüpft werden...

Enquete über die Lage des Kleinhandels.

Ueber die Lage des Kleinhandels soll nach dem Vorschlage des Centralausschusses hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine eine staatliche Enquete veranstaltet werden...

Die Beantwortung der Fragenbogen zc. soll nicht der Freiwilligkeit der Beteiligten überlassen bleiben, sondern durch ein entprechendes Gesetz geregelt werden.

Die Einbeziehung aller Gewerbebetriebliehen der Gewerbeverzeichnisse III und IV wird mit dem Umfange begründet, daß es sich bei der Erhebung darum handeln wird...

Der Centralausschuß beauftragt die Erhebungen in folgenden Bezirken vorzunehmen: Regierungsbezirk Aachen; Städte Berlin, Charlottenburg, Hildesheim; Stadt Breslau; Regierungsbezirk Danzig; Regierungsbezirk Düsseldorf; Stadt Frankfurt/Main; Stadt Götting; Kreis Halle; Kreis Rastatt; Kreis Schwerin; Kreis Solingen; Stadt Stettin; Kreis Thorn; Kreis Trier; Kreis Wabernburg.

Der für die Erhebungen vorgeschlagene Fragenbogen, der 17 Fragen enthält, soll in den Fragen 1 bis 11 die Struktur der einzelnen Betriebe nach allen Richtungen erfassen.

Für die Vernehmung wird das rein kontrabürokratische Verfahren angelegt sein unter Zuhilfenahme, aber nicht ausschließlicher Zuzugewandlung des Fragenbogens.

Der Centralausschuß zweifelt nicht, daß sich auf dem vorgeschlagenen Wege ohne allzu große Anstrengungen wertvolles Material zur Beurtheilung der Lage des Kleinhandels und demgemäß auch die Mittel zur Abstellung etwa vorhandener Mißstände ergeben werden.

Der Schriftsteller und Journalist Graf hat, wie er in einer Petition an den Reichstag dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Bestimmung des Strafrechtbuchs über „groben Unthat“ dahin defarrirt werden möge...

Gegen den Antrag auf Herabsetzung der Petition als Material für eine Veränderung des Strafrechtbuchs sei nichts zu erinnern.

7 Vgl. Nr. 147 des „Berliner Tageblatts“.